



Umkämpfte Erinnerung

Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus steht zunehmend unter Druck von rechts. Auch weil die letzten lebenden Zeitzeug*innen ein hohes Alter erreicht haben, ist eine Leerstelle entstanden, in die nun auch rechte Akteure drängen. Allerdings war Geschichtspolitik schon immer ein zentrales Betätigungsfeld der extremen Rechten.

Von Vera Henßler

»Polizeieinsatz bei Gedenken für Holocaust-Opfer«, »Tumulte auf Friedhof in Berlin-Marzahn« oder auch »Antifa sprengt wegen AfD Holocaust-Gedenkfeier«, über die Ereignisse während des diesjährigen Gedenkens auf dem Parkfriedhof in Berlin-Marzahn anlässlich des Jahrestags der Befreiung von Auschwitz berichteten nicht nur die lokalen Medien. Die Kurzfassung: Die Bezirksverordnetenversammlung hatte auch in diesem Jahr zum Stillen Gedenken auf dem Friedhof geladen, und die lokale AfD hatte ihre Teilnahme angekündigt. Gegen die Doppelmoral der Partei, deren Funktionäre in der Vergangenheit nicht unbedingt durch einen sensiblen Umgang mit der NS-Vergangenheit aufgefallen sind, regten sich Proteste. Die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) forderte die Bezirkspolitik in einem offenen Brief dazu auf, die AfD vom Gedenken auszuladen und organisierte vor dem Friedhof eine Kundgebung gegen die Teilnahme der Partei

am Gedenken. Als viele der Kundgebungsteilnehmer*innen im Anschluss an dem Gedenken auf dem Friedhof teilnehmen wollten, wurden sie durch die anwesende Polizei daran gehindert. Das ist in der Tat, gelinde gesagt, empörend. Einer Organisation, die seit vielen Jahrzehnten die Interessen von NS-Verfolgten und ihrer Familien vertritt, wird zugunsten einer Partei, deren Protagonisten den Nationalsozialismus als »Vogelschiss« bezeichnen oder eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad« fordern, das Gedenken untersagt. Und: Die Auseinandersetzung in Marzahn weckt Assoziationen, wenn auch in einem anderen Kontext. So nahm in den 2000er Jahren in Dresden die NPD-Landtagsfraktion, begleitet von dutzenden weiteren Neonazis, am offiziellen Gedenken an die Bombardierung Dresdens im Jahr 1945 auf dem Dresdener Heidefriedhof teil und prägte dort das Bild. Die jüdische Gemeinde, die lange ebenfalls an dem Gedenken teilgenommen hatte, blieb diesem Ende der 2000er Jahre aus Protest gegen die Neonazi-Beteiligung schließlich

fern. Die Entkontextualisierung der Dresdener Bombardierung auf den Gedenkfeiern und der bereits seit dem Nationalsozialismus gepflegte Opfermythos Dresdens machten es der extremen Rechten leicht, mit ihrer Geschichtspolitik an das städtische Gedenken anzuknüpfen.

Rechte Geschichtskampagnen – ein Blick zurück

Seit jeher ist Geschichtspolitik in Deutschland ein zentrales Politikfeld der extremen Rechten. Diese bewegt sich dabei immer auch in gesamtgesellschaftlichen Kontexten und muss daher auch in diesem Rahmen betrachtet werden – denn nur so lassen sich Anschlussfähigkeit und Bedeutung jenseits ihres Milieus beurteilen. In der Weimarer Republik ging es, gemeinsam mit weiten Teilen der Gesellschaft, gegen den Versailler Vertrag, nach 1945 setzte man sich für die juristischen und politischen Interessen der NS-Kriegsverbrecher ein und relativierte und leugnete die deutsche Kriegsschuld. Aber nicht nur Juristen aus der ehemaligen SS oder Verteidiger der Nürnberger Angeklagten traten für eine Begnadigungspolitik ein, sondern auch die Kirchen. Diese kam dann im Dezember 1949 als Straffreiheitsgesetz: Alle vor dem 15. September 1949 begangenen Taten mit Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten oder einem Jahr auf Bewährung wurden amnestiert. Darunter fielen auch Körperverletzungen mit Todesfolge, etwa im Kontext der Novemberpogrome 1938.¹

Eine der zentralen Figuren neonazistischer Geschichtskampagnen war und ist bis heute Rudolf Hess. Für dessen Freilassung setzten sich seit den 1960er Jahren jedoch bei weitem nicht nur neonazistische Akteure ein, sondern auch Initiativen wie die Hilfgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess e.V., deren Einfluss bis weit in die sogenannte bürgerliche Mitte reichte. Deren Petition für Heß' Freilassung wurde in den 1970er Jahren von über 250.000 Menschen unterzeichnet, darunter auch Prominente und Gegner*innen des NS-Regimes.

Holocaustleugnung in der Publizistik

In den 1970er Jahren häufte sich die neonazistische Publizistik, in der nicht nur geschichtsrevisionistische Forderungen gestellt, sondern die Verbrechen ganz offen geleugnet wurden. Einer der Stichwortgeber war der ehemalige SS-Sonderführer Thies Christophersen², der in einer »landwirtschaftlichen Versuchsanstalt« der SS Häftlinge aus Auschwitz bei der Zwangsarbeit beaufsichtigt hatte. In seiner 1973 erstmals erschienenen Schrift »Die Auschwitz-Lüge« bestritt er die Existenz von Gaskammern und behauptete, die Häftlinge seien ordentlich behandelt worden. 1978 zog die Aktionsfront Nationaler Aktivisten (ANS) mit Eselsmasken verkleidet durch Hamburg. Dabei war auf umgehängten Schildern zu lesen: »Ich Esel glaube noch, daß in deutschen KZ Juden »vergast« wur-

“ Mit dem Erstarren der AfD und der neuen sozialen Bewegung von rechts wurde auch das Feld der extrem rechten Geschichtspolitik wieder mehr bespielt. ”

den.« Erst im April 1994 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass Holocaustleugnung nicht unter die Meinungsfreiheit fällt. Die NPD hatte eine Beschwerde eingereicht, da ihr eine Veranstaltung mit dem Holocaustleugner David Irving durch die Stadt München beauftragt worden war.³ In den 1990er Jahren folgten die Mobilisierungen gegen die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung, und einmal mehr wurde die Kritik an der »Negativdarstellung der Wehrmacht« auch von vielen rechtskonservativen Akteuren geteilt. Während das neonazistische Milieu vor allem auf der Straße agierte, widmeten sich rechtskonservative und neurechte Akteure der Vergangenheitspolitik auf publizistischen Wegen. Der Historikerstreit (1986/87) oder auch die Kontroverse um die Rede von Martin Walser in der Frankfurter Paulskirche (1998), während der der Schriftsteller von einer Instrumen-

talisierung des NS-Gedenkens sprach und eine »Dauerrepräsentation unserer Schande« monierte, sind weitere Meilensteine, zu deren Anlass die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Öffentlichkeit (neu) verhandelt wurde.

Gedenkstätten im Fokus

Immer wieder stehen dabei auch die Gedenkstätten im Fokus. Die Erinnerungsarbeit an den authentischen Orten der Verbrechen stehen einer bruchlos positiven Identifikation mit Deutschland im Weg. In der Nacht zum 20. Juli 1969 wurde die Berliner Gedenkstätte Plötzensee, eine Haftstätte der Nationalsozialisten, mit meterhohen Hakenkreuzen beschmiert und die Türen mit Ketten verrammelt. Auf dem Boden hinterließen die Täter ein Hitler-Zitat.⁴ Im September 1992 verübte eine

Gruppe junger Neonazis einen Brandanschlag auf die »jüdischen Baracken« in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen, wobei eine der Baracken zum Teil niederbrannte. Auch jüdische Friedhöfe sind bis heute immer wieder von Schändungen betroffen, entsprechende historische Meldungen gibt es sowohl aus der Bundesrepublik, als auch

aus der DDR. Bevor die AfD die politische Bühne betrat, schien es zunächst etwas ruhiger geworden zu sein – die großen Neonazi-Mobilisierungen zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens, über Jahre hinweg eines der europaweit größten Neonazi-Events, verloren auch durch den breiten Widerstand zunehmend an Attraktivität, die Teilnehmendenzahlen sanken. Auch Angriffe auf Gedenkstätten oder provokative Besuche rechter Akteure waren die absolute Ausnahme. Mit dem Erstarren der AfD und der neuen sozialen Bewegung von rechts wurde auch das Feld der extrem rechten Geschichtspolitik wieder mehr bespielt. So fordert die AfD in ihrem Bundestagswahlprogramm von 2017, die »aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus (...) zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiv identitätsstiftenden

Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.« Entsprechende Bemühungen, die stets darauf aus sind, die historische Bedeutung der Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren finden sich auch in den Bundestagsdebatten. Insbesondere der AfD-Abgeordnete Marc Jongen äußert sich dahingehend immer wieder, etwa wenn er die deutsche NS-Gedenkkultur als »Kultivierung eines Schuldkomplexes« bezeichnet, »der das Land wehrlos macht gegen jede Beleidigung, jede Vergewaltigung und jede Überrollung.«⁵ Die Angriffe auf die Erinnerungskultur erfolgen heute kaum noch über Holocaustleugnung, sondern durch beständiges Relativieren.

Diese verbalen Attacken auf die Erinnerungskultur, die sich auch über die Provokationen von Höcke und Gauland im Gedächtnis manifestieren, zeigen nicht »nur« diskursive Auswirkungen. So registrieren die KZ-Gedenkstätten einen Zuwachs an Provokationen durch extrem rechte Besucher*innen. Überregional berichtet wurde über einen Eklat, zu dem es während einer Führung mit einer AfD-Besucher*innengruppe in der Gedenkstätte Sachsenhausen im Juli 2018 kam. Teilnehmende der Gruppe störten die Führung durch die Gedenkstätte mit Zwischenrufen, ein Teilnehmer leugnete die Existenz von Gaskammern. Die Führung wurde daraufhin abgebrochen. Andere Gedenkstätten berichten von Hitlergrüßen auf dem Gelände, Hakenkreuzschmierereien im Gästebuch oder gar dem Herausreißen von Grabkreuzen ermordeter KZ-Häftlinge, die anschließend zu einem Hakenkreuz drapiert wurden. Der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, Volkhard Knigge, diagnostizierte jüngst in dieser Frage eine »qualitative Veränderung, eine Radikalisierung in den Auftritten.«⁶

Die letzten Zeitzeug*innen und der Kampf um die Erinnerung

Die Auseinandersetzungen sind dabei jedoch keineswegs auf Deutschland beschränkt, wie etwa die Ereignisse während der Befreiungsfeiern in der NS-Gedenkstätte Ravensbrück verdeutlichen. Hier waren in den letzten Jahren polnische junge Männer zu beobachten, die dominant und teilweise auch aggressiv mit pol-



Barbara Reimann, Überlebende des Konzentrationslagers Ravensbrück beim Gedenken anlässlich des 60. Jahrestags der Befreiung des KZ am 17.04.2005. Foto: Christian-Ditsch.de

nischen Nationalfahnen sowie Zeichen der katholisch-nationalistischen sowie antisemitischen Untergrundorganisation Narodowe Siły Zbrojne (NSZ, *Nationale Streitkräfte*) auftraten. Die NSZ kämpfte ab 1942 sowohl gegen die deutschen und sowjetischen Besatzer als auch gegen die Kommunist*innen im eigenen Land. Während die polnischen Überlebenden und ihre Angehörigen lange Zeit die Gedenkfeiern mitprägten, ist es nun eine neue Generation, die, analog zur nationalistisch ausgerichteten Gedenkpolitik in Polen, die Geschichte neu für sich deutet und aus ihrer nationalistischen und antikommunistischen Einstellung keinen Hehl macht. Da die letzten Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager mittlerweile ein sehr hohes Alter erreicht haben und nur noch vereinzelt an den Gedenkfeierlichkei-

ten teilnehmen oder aktiv historische Bildungsarbeit leisten können, ist hier eine Leerstelle entstanden, die nun auch von diesen Akteuren gefüllt wird.

Empfehlungen, wie sich Gedenkstätten auf extrem rechte Besuchergruppen oder auch parlamentarische Vertreter*innen der AfD vorbereiten können, publizierte kürzlich die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin.⁷ Neben der konkreten Vorbereitung sollten sich die Beteiligten über Grundsätze und bestehende Handlungsspielräume austauschen und sich positionieren. Dies lässt sich auch auf die Auseinandersetzung insgesamt übertragen. Letztlich gilt es, die durch den Tod der Zeitzeug*innen entstehende Leerstelle zu besetzen und deren Vermächtnis jenseits aller Rituale aktiv weiter zu tragen. •

¹ Vgl. Norbert Frei, Franka Maubach, Christina Morina, Maik Tändler: Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus, Berlin 2019, S.25.

² Etliche Primärquellen zu Christophersen lassen sich auch im apabiz finden.

³ https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/1994/04/rs19940413_1bvr002394.html

⁴ Die Schändung der Gedenkstätte Plötzensee wird in unserer Ausstellung »Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945« näher beleuchtet.

⁵ Plenarprotokoll vom 23.02.2018, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/19/19015.pdf>

⁶ <https://www.zeit.de/2019/27/kz-gedenkstaetten-rechtsextremismus-antisemitismus-rechtspopulismus>

⁷ Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V. und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hrsg.): Nur Schnee von gestern? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts in Gedenkstätten und Museen, Berlin 2020. Online verfügbar.





Mitglieder der Kasseler Nazi-Szene bei einem Aufmarsch in Göttingen am 29.10.2005. Foto: NSU-Watch

Abgründe in Kassel

Nazi-Szene mit mörderischer Dynamik: Seit dem Mord an Walter Lübcke steht die Szene in Kassel und Nordhessen im Fokus der Ermittlungsbehörden. Nach und nach wurde deutlich, dass die heute als vermutliche Täter verhafteten Stephan Ernst und Markus H. eine langjährige politische Biografie teilen. Jetzt wurden neue Details bekannt, die den Mord an Halit Yozgat und die Szene der 2000er Jahre verbinden.

Von Ulli Jentsch

Anfang März veröffentlichte die antifaschistische Rechercheplattform Exif einen langen Bericht mit vielen Details, die als »Nicht verfolgte Spuren im Mordfall Halit Yozgat« bezeichnet werden.¹ Darin geht es im Kern um drei Personen und deren mögliche Verbindungen zum NSU-Mord in Kassel: M. K., Corryna G. sowie Markus H. Alle drei gehörten damals einer Szene an, schreibt Exif, die »stets überschaubar war, doch immer ihre Organisations- und Erlebnisräume hatte: In Fußball- und Eishockey-Stadien, in Rocker-Clubhäusern und in diversen Kneipen. Ihr harter Kern bestand aus einigen Dutzend Personen und war [...] von Spitzeln der Geheimdienste durchdrungen. Dennoch – oder gerade deswegen – konnte die Kasseler Szene eine mörderische Dynamik entfalten.« Die Veröffentlichung der Antifaschist*innen lässt vermuten, dass das Internetcafé von Halit Yozgat ebenso wie seine Person in der Kasseler Neonaziszene bekannt waren. Es gäbe damit weitere, konkrete Hinweise auf die möglichen Tippgeber*innen bei einem NSU-Mord. Und die Frage steht

im Raum, warum bei den Ermittlungen manche Schlüsse nie gezogen wurden.

Der Nazi-Nachbar

Die erste der drei im Bericht genannten Personen, von der nur die Initialen M. K. genannt werden, wohnte zum Zeitpunkt des Mordes an Halit Yozgat zwei Häuser vom Tatort in der Holländischen Straße entfernt. Es ist schon unglaublich genug, dass solch ein Fakt erst heute bekannt wird. Doch mehr: er gerät auch noch 2008 in das Raster der Ermittler*innen, weil er zu den Bekannten von Benjamin Gärtner gehörte. Gärtner hatte als Informant aus der Kasseler Naziszene regelmäßigen Kontakt zu Andreas Temme, jenem Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes (VS), der am Tatort des NSU-Mordes anwesend war. Die Ermittler*innen suchten damals nach einer möglichen Tätergruppe um Temme, die für jene Mordserie verantwortlich sein könnten, von der wir heute wissen, dass der NSU sie begangen hat. Temme hatte sich schließlich nicht nur nach dem Mord auffällig benommen und versucht, die ermittelnden Beamt*in-

nen zu täuschen, er war auch Stammgast in dem Internetcafé gewesen.

Das Ergebnis der Ermittlungen 2008: M. K. war am Tattag mit seinem Handy in jener Funkzelle eingeloggt, die einen Umkreis von zwei Kilometern um das Internetcafé von Halit Yozgat umfasst. Er war zu jenem Zeitpunkt bereits mehrfach als Gewalttäter aufgefallen, seine Aktivitäten mit anderen Nazis in Kassel, z.B. als Eishockey-Fan, waren auch dem VS bekannt. Trotzdem gibt es keinen Hinweis darauf, dass dieser Treffer zu irgendwelchen weiteren Aktivitäten in den Ermittlungen geführt hätten. Ein Nazi mit Kontakt zum direkt oder indirekt involvierten Personenkreis, der zwei Häuser weiter wohnt? Kein Thema, mit dem sich die damals ermittelnde Polizeibehörde in Kassel oder auch andere später befasst haben.

Militante Neonazistin war Besucherin

Die zweite Person ist die Neonazistin Corynna G. Sie hatte bereits bei einer Vernehmung vor dem Untersuchungsaus-

schuss des Hessischen Landtages 2017 zur Überraschung aller zu Protokoll gegeben, dass sie das Internetcafé in der Holändischen Straße gekannt habe und mehrfach dort gewesen sei. Bei den Nachfragen, warum sie ausgerechnet dort zeitweise aus und eingegangen sei, gab sie ungläubwürdige oder nachweislich falsche Antworten. Es könnte sogar sein, dass sie mit dem VS-Mitarbeiter Temme dort gewesen ist. Denn: die damalige Freigängerin der JVA Baunatal hatte sich aus der Haft heraus dem VS angeboten und dieses Angebot dürfte auch bei Temme auf dem Schreibtisch gelandet sein. Denn nur er und zwei weitere Mitarbeiter*innen bearbeiteten damals solche Fälle.

Corynna G. ist ein Beispiel wie aus einem antifaschistischen Lehrbuch, wie der militante Beitrag weiblicher Aktivistinnen in der Naziszene durch die sexistischen Genderstereotype, die in den Ermittlungsbehörden herrschen, strukturell übersehen wird. G. ist seit den 1990er Jahren eine typische Netzwerkerin der Szene, stammt aus Thüringen, war vermutlich dem späteren NSU-Kerntrio bekannt. Sie war aktiv in der Nationalistischen Front, in der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei und der Wiking-Jugend, die alle drei verboten wurden. Sie war ständig mit hochrangigen Kadern der Szene liiert, was offenbar dazu führte, dass sie als »Freundin von« abgetan wurde. Sie hat laut Aussagen von ehemaligen Bekannten den bewaffneten Kampf propagiert, gehörte zum Umfeld von Blood & Honour.

Vollends zur Stereotype wird das Bild von G. bezüglich möglicher Kontakte zum VS oder anderer Geheimdienste. Exif schreibt hierzu: »Die Parlamentarier:innen des hessischen NSU-Untersuchungsausschuss verfügten über Hinweise, dass Corynna G. in ihrer Zeit in Österreich 2000 bis 2003 für einen österreichischen Geheimdienst gespitzelt hatte. Bei diesbezüglichen Fragen berief sich G. auf ein Aussageverweigerungsrecht und ein Zeugnisverweigerungsrecht und als ihr dies nicht zugestanden wurde, wich sie aus und lavierte herum.« Die Rolle der G. in der

Kasseler Naziszene zum Zeitpunkt des Mordes, ihre Kontakte zu Temme, zum VS insgesamt: Alles dies ist in Hessen weiterhin unaufgeklärt.

Der »Stadtreiniger«: 2006 und 2019?

Die dritte Person in diesem Kontext ist der Kasseler Nazi Markus H., der wegen der vermutlichen Beihilfe zum Mord an Walter Lübcke in Untersuchungshaft sitzt. Seitdem ist etliches über seine militante neonazistische Biografie bekannt geworden. Darunter auch seine Aktivitäten in einem Nazi-Webforum, wo er sich den Namen »Stadtreiniger« gab und mit anderen Usern über praktische Vorbereitungen auf den bewaffneten Kampf sowie über militante Strategien diskutierte. Eben dieser »Stadtreiniger« wurde einige Wochen nach dem Mord an Halit Yozgat zum Verhör gebeten. »Die Polizei hatte

“ Es ist aktenkundlich belegt, dass damals sieben Personen der Kasseler Nazis für den VS berichteten, nur einer ist bisher identifiziert. ”

festgestellt, dass H. auffallend häufig eine Internetseite angeklickt hatte, die über den Mordfall und die Ermittlungen berichtete. Die Polizei wollte von ihm wissen, woher sein Interesse am Fall Yozgat rührte. Es war eine Routinebefragung, die nur wenige Minuten dauerte« schreibt Exif. H. erklärte, so der Artikel, sein Nachbar sei mit dem Ermordeten persönlich bekannt gewesen, er selber habe ihn auch einmal zufällig getroffen, daher das Interesse. Dem befragenden Beamten reichte dieser Hinweis: »Nicht weiter relevant, als abgeschlossen anzusehen« wurde wohl auf dem Blatt notiert.

Es fehlt jeder Hinweis darauf, dass man mit H. einen militanten Nazi mit einer langen Geschichte in der Szene in Kassel vor sich sitzen hatte. Hatte man das tatsächlich übersehen? Ignoriert? Oder war H. auch ein Spitzel beim VS? Es

ist aktenkundlich belegt, dass damals sieben Personen der Kasseler Nazis für den VS berichteten, nur einer ist bisher identifiziert.

Konsequenzen

Die in dem Bericht vorgelegten Hinweise sind deutlich und lassen kaum einen anderen Schluss zu, als dass während der Ermittlungen zum Mord an Halit Yozgat noch massiver versagt und eventuell auch vertuscht wurde als bisher bereits vermutet. Bisher galt der stärkste Zweifel stets der Person Temmes und seiner Rolle als VS-Mitarbeiter, »denn er war vor Ort, als Halit Yozgat erschossen wurde.« Alleine dieser Fakt reicht, um dem Mann nicht zu glauben, bis er nachvollziehbare Gründe für seine Anwesenheit und sein Verhalten liefert. Und das hat er bis heute nicht. Und die neuen Hinweise? Temme hatte offenbar das Internetcafé als Treffpunkt

mit seinen Nazi-Spitzeln benutzt. Gärtner hatte den Ort einmal nachweislich abgelehnt, weil der Besitzer »Türke sei«. Corynna G. könnte mit ihm zusammen vor Ort gewesen sein. Ein weiterer Nazi wohnte zwei Häuser weiter. Und alle Hinweise dazu wurden nicht verfolgt. Die polizeilichen Ermittlungen in Kassel scheinen nicht

nur durch die Blockaden des VS und des Innenministeriums unter Volker Bouffier gebremst worden zu sein: entweder saß der VS bei manchen Ermittlungen direkt mit am Tisch oder man hatte andere, eigene Gründe, Nazis mit Samthandschuhen anzufassen.

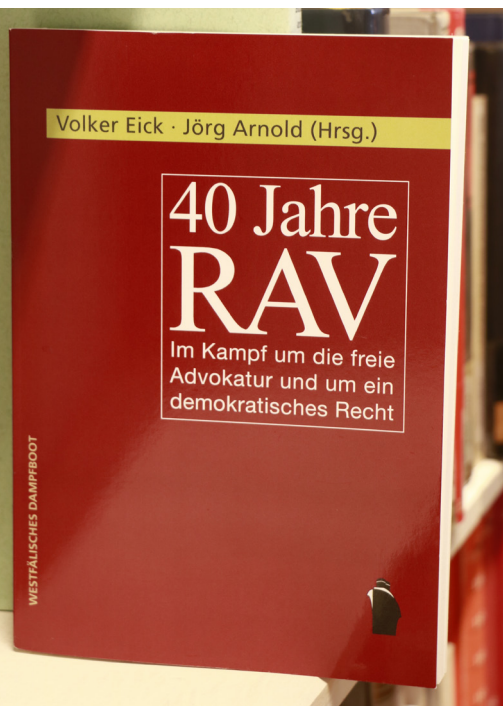
Das muss das Parlament in Hessen für eine Weile beschäftigen. Es wäre ein fataler Fehler, den geplanten Hessischen Untersuchungsausschuss auf die Untersuchung des Mordes an Walter Lübcke zu beschränken: die Morde und Mordversuche in den letzten beiden Jahrzehnten gehören zusammen. •

¹ Exif-Recherche: Nicht verfolgte Spuren im Mordfall Halit Yozgat, <https://exif-recherche.org> vom 1.3.2020. Folgende Zitate von hier, soweit nicht anders gekennzeichnet.



Jurist*innen mit politischer Haltung – 40 Jahre RAV

von Svenna Berger



Volker Eick, Jörg Arnold (Hg.): 40 Jahre RAV. Im Kampf um die freie Advokatur und um ein demokratisches Recht, Westfälisches Dampfboot, Münster 2019.

Der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) ist 40 Jahre geworden. Herzlichen Glückwunsch! Anlässlich des runden Jubiläums haben der Politikwissenschaftler Volker Eick und der Jurist Jörg Arnold im Namen des Vereins das Buch mit dem treffenden Titel »40 Jahre RAV. Im Kampf um die freie Advokatur und um ein demokratisches Recht« herausgegeben. Wer die Arbeit des RAV erlebt(e), sei es als Mandant*in, Unterstützer*in, Kooperationspartner*in oder einfach als Beobachter*in sollte einen Blick in dieses äußerst umfangreiche Buch werfen. Der über 400 Seiten starke und mit 37 Beiträgen gespickte Sammelband liefert nicht nur eindrucksvolle Einblicke in die Arbeit und Entwicklung des RAV, sondern auch scharfe zeitgeschichtliche und politische Analysen. Der RAV, der sich 1979 als bundesweiter Zusammenschluss von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten gründete, betreibt weit mehr als Juristerei, der RAV ist ein bedeutender politischer Akteur im Kampf gegen rechte Gewalt und die Willkür des Staates, gegen die Verfolgung von Anwalt*innen in autoritären Regimen, in der Verteidigung der Freiheits-

rechte und im unerschrockenen Einsatz für Bürger- und Menschenrechte.

Linke Traditionslinie

In acht Kapiteln werden die vielfältigen Themen aus Perspektive von jungen Anwalt*innen, von jahrelangen Wegbegleiter*innen als auch von Gründungsmitgliedern dargestellt. Eine von ihnen ist Margarete Fabricius-Brand, die zwar erst nach der Gründung zum RAV dazu gestoßen war, aber durch ihre fünfjährige Tätigkeit als Geschäftsführerin die Entwicklung mit prägte. Als politische »Kiez-Anwältin«, wie sie in ihrem Artikel schreibt, war sie gegen »Miethaie« in Kreuzberg aktiv und kam 1985 zum RAV. Sie trug dazu bei, dass aus dem »Republikanischen Anwälteverein« der »Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein« wurde. Seither wird auf einen paritätisch besetzten Vorstandsvorsitz geachtet. Ein Muss für einen linken Verein, als der der RAV verstanden werden will.

Das linke Selbstverständnis des RAV knüpft an eine Traditionslinie an, die in die Weimar Republik zurückreicht. So orientierten sich die Gründer*innen sowohl im Namen als auch in der politischen Ausrichtung am »Republikanischen Richterbund« (1921-1933), wie Ingo Müller in seinem Beitrag zur Entstehung des Vereins schreibt. Dem Richterbund gehörten namhafte, viele jüdische, Anwälte, die den »oft vergeblichen Kampf um die Republik, gegen eine ausufernde politische Justiz und gegen diverse Terrororganisationen [führten]«. Müllers Artikel zeichnet an historischen Einschnitten der 60er und 70er Jahre, wie den tödlichen Schüssen auf den Studenten Benno Ohnesorg durch einen Berliner Polizisten 1967, dem juristischen Umgang mit der RAF als auch der medialen Offensive gegen deren Verteidiger als »Anwälte des Terrors«, das »grandios[e] Scheitern des Rechtsstaates« nach. In

Erinnerung ist aus dieser Zeit auch die Tatsache, dass Otto Schily, späterer Bundesinnenminister der SPD, als Anwalt die RAF-Mitglieder Horst Mahler und Gudrun Ensslin vertrat. Schily gehörte dem ersten Vorstand des RAV an. Seither hat sich in seiner Biografie, als auch der einiger RAF-Angehöriger, einiges verändert. Der RAV dagegen blieb sich treu.

Viele Wege zu bestreiten

»40 Jahre RAV« ist ein Sammelband von Jurist*innen, aber nicht nur für Jurist*innen: Während das Kapitel zur Rechtstheorie und Rechtskritik teils ohne juristisches Vorwissen schwer zu lesen ist, können sich Nicht-Jurist*innen, die wie das apabiz vor allem in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten mit der Arbeit des RAV in Berührung kommen, im Kapitel zum Rechtsruck besser orientieren und bekommen Beobachtungen und Analysen zur politischen Rechten. Und eine klar politische Haltung, wie etwa die der Anwältinnen Kati Lang aus Dresden und Kristin Pietrzyk aus Jena, die in ihrem Beitrag für eine konfrontative, politische Nebenklage plädieren und mit einer treffenden Zusammenfassung der Arbeit des RAV enden: »Die Geschichte des RAV zeigt, dass das Recht nur ein Mittel im Kampf um Freiheit und Menschenrechte ist, aber jenes Mittel gedenken wir, so gut wie es uns möglich ist, einzusetzen; immer in dem Bewusstsein, dass auch viele andere Wege bestritten werden (müssen), um gegen rechte Gewalt, Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus sowie Trans-/ Homophobie aktiv zu sein.«

Nun ist es unmöglich, bei einem solch umfangreichen Sammelband alle Facetten berücksichtigen zu können, daher sei am Ende nur noch eins gesagt: Ein ausdrücklicher Dank für diese wichtige Arbeit. •

Combat 18 verboten

Bundesweit • Am 23. Januar 2020 wurde das Verbot der neonazistischen Gruppierung Combat 18 Deutschland (C18) bundesweit vollzogen. In sechs Bundesländern wurden Wohnungen von Führungsmitgliedern der militanten Gruppe durchsucht. Darunter befand sich auch Josef L. aus Wildau (Brandenburg), der früher in Berlin wohnte. Hier war er unter anderem beim »Heiß-Marsch« am 19. August 2017 in Berlin-Spandau oder bei einer Kundgebung für den inhaftierten Horst Mahler am 28. Mai 2017 anzutreffen.

Die Maßnahme erfolgte nach einer langen öffentlichen Debatte über die Notwendigkeit eines Verbotes. Bereits im Juli 2018 hatte die antifaschistische Plattform Exif eine umfassende Recherche über die Strukturen in Deutschland veröffentlicht, die von den Behörden damals noch als irrelevant abgetan wurden. Genau dieser Personenkreis um Stanley R. (Eisenach, früher Kassel) ist nun von dem Verbot erfasst. Kritiker*innen bemängelten, das Verbot komme zu spät und zu offensichtlich. Relevante Teile des Netzwerkes in Bayern und Sachsen (Brigade 8) seien überhaupt nicht betroffen.

Antiziganistische AfD-Anfrage im Abgeordnetenhaus

Berlin • In einer gemeinsamen Stellungnahme vom 21. Februar verurteilen Amaro Foro und das Roma Informations Centrum eine »zutiefst rassistische Anfrage« des AfD-Fraktionsmitglieds Tommy Tabor im Abgeordnetenhaus (AGH). Tabor hatte am 23. Januar wissen wollen, wie viele Einwohner*innen Berlins der »anerkannten ethnischen Minderheit der Sinti und Roma« angehören, wie sich deren Anzahl »seit dem EU-Beitritt Polens 2004 und von Bulgarien und Rumänien im Jahre 2007 entwickelt« habe und wie viele von ihnen »deutsche Sinti und Roma« seien. In ihrer Antwort vom 07. Februar verwies die zuständige Senatsverwaltung auf die »Nichterfassung ethnischer Daten – vor dem Hintergrund der Verfolgung von Minderheiten während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft«.

Die beiden Vereine, die sich für die Rechte sowie die Selbstorganisation von

Rom*nja und Sinti*zze einsetzen, bekräftigen dies und beklagen, dass spätestens nach einem ähnlichen parlamentarischen Vorgang in Sachsen im Juni 2018 selbst der AfD hätte bekannt sein müssen, »dass die Erfassung ethnischer Daten in Deutschland nicht zulässig« und mit dem Grundgesetz unvereinbar ist.

Tabor, der als Nachrücker für Gottfried Curio nach dessen Einzug in den Bundestag seit Oktober 2017 im AGH sitzt, ist bislang durch eine Fülle parlamentarischer Anfragen zu diversen Themen aufgefallen. Gerade diejenigen zu Geflüchteten, Islam und Linken sind erwartungsgemäß tendenziös und zielen auf die Bestätigung extrem rechter Feindbilder ab.

Stadtparlament gegen Gedenken

Fulda • Im Januar lehnte die Stadtverordnetenversammlung einen Antrag mit dem Titel »Ehrendes Gedenken an Fuldaer Todesopfer rechter Gewalt« ab. Die Fraktion »Die Linke.Offene Liste / Menschen für Fulda« hatte gefordert, der Magistrat der Stadt solle »Vorschläge für eine geeignete Form des Gedenkens« an Dorit Botts erarbeiten. Die 54-Jährige war 2001 in ihrem Militaria-Laden von einem Neonazi ermordet und ausgeraubt worden. Frank R. hatte dreizehn Mal mit dem Messer auf sie eingestochen und ihr anschließend die Kehle durchgeschnitten. Vor Gericht wurde bekannt, dass es sich bei der Tat um R.s Aufnahme ritual für die Thüringer Neonaziorganisation Deutsche Heidnische Front handelte. Bis heute ist Botts nicht offiziell durch die Bundesregierung als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. Bereits vor Jahren hatte der damalige Oberbürgermeister eine Gedenkplatte am Tatort angekündigt. Umgesetzt wurde diese bis heute nicht. 2021 jährt sich der Mord zum 20. Mal.



Akteure der »Bruderschaft Deutschland« sowie der »Gruppe S.« beim »2. Tag der Nation« in Berlin. Foto: apabiz

Gruppe S. auch in Berlin aktiv

Berlin • Mitte Februar nahm die Polizei bundesweit zwölf Personen fest, die von der Bundesanwaltschaft (BAW) der Gründung beziehungsweise Unterstützung einer rechtsterroristischen Vereinigung verdächtigt werden. Alle 12 Männer wurden nach Hausdurchsuchungen in sechs Bundesländern in Untersuchungshaft genommen. Die Gruppe, die nach ihrem Anführer Werner S. bezeichnet wird, sei im September 2019 bei einem Treffen in Baden-Württemberg gegründet worden. Am 3. Oktober 2019 nahmen mutmaßliche Mitglieder der Gruppe auch an einem Aufmarsch in Berlin teil, der von Wir für Deutschland unter dem Motto »2. Tag der Nation« organisiert und bundesweit beworben worden war. Auf Fotodokumentationen des Aufmarsches, die dem apabiz vorliegen, sind mindestens vier mutmaßliche Mitglieder der Gruppe zu sehen, darunter Werner S., Steffen B., Stefan K. und Tony E. Andere Kontakte nach Berlin wurden bisher nicht bekannt.

Die Gruppe hatte sich über Vernetzungen extrem rechter Bürgerwehren im Internet zusammen gefunden und plante laut BAW parallele Anschläge auf Moscheen in zehn Bundesländern sowie Attentate auf Politiker*innen.

- **Julia Haas: »Anständige Mädchen« und »selbstbewusste Rebellinnen«.** Aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen, Marta Press, Hamburg 2020.

Im Mittelpunkt der sozialwissenschaftlichen Arbeit steht die (Selbst-)Darstellung von Frauen innerhalb der Identitären Bewegung (IB). Für ihre empirische Studie hat die Autorin Online-Veröffentlichungen von Frauen dieses Milieus einer Analyse hinsichtlich verschiedener Positionen wie Geschlechterverhältnis, Weiblichkeit, Mutterschaft und Feminismus unterzogen. Auch Ideengeberinnen außerhalb der IB wie Birgit Kelle und Ellen Kositzka werden vorgestellt und in die Betrachtung mit einbezogen. Schließlich werden drei Formen von Weiblichkeit bei den Frauen der IB festgestellt: konservativ, rebellisch und modern. Bei der immer noch überschaubaren Forschungsliteratur zum Themenkomplex rechter Frauen ist das auf eine Masterarbeit zurückgehende Buch eine sinnvolle Ergänzung mit einer aktuellen Quellengrundlage. (ps)

- **Hilary Moore, James Tracy: No Fascist USA! The John Brown Anti-Klan Committee and Lessons for Today's Movements, City Lights Publishers, San Francisco 2020.**

Moore und Tracy legen eine Geschichte der antirassistischen John Brown Anti-Klan Committees vor, die den Zeitraum von 1977, als die erste von vielen folgenden Gruppen gegründet wurde, bis heute umfasst. Das lobenswerte Buch der beiden Aktivist*innen rekonstruiert die Arbeit der Gruppen, deren Slogan »No KKK! No Fascist USA!« bis

heute wirkt, und deren Strategie der Konfrontation mit den Gruppen weißer Vorherrschaft auf den Straßen ein Vorbild für die antifaschistische Bewegung bis heute liefert. Es ist bemerkenswert, wie spannend sich diese Rekonstruktion liest und das Buch lässt eine ähnliche Aufarbeitung antirassistischer Kämpfe im bundesdeutschen Kontext noch schmerzlicher vermissen. Die Autorin recherchierte für ihr Werk auch im apabiz. (uj)

- **Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, Schwerpunkt: Rechtsterrorismus. Sammelband 06/2019.**

In dem 250 Seiten starken Sammelband zum Thema Rechtsterrorismus wird sich in drei Teilen – Geschichte und Kontinuität, Ideologie und Strategien, Justiz und Gesellschaft – dem vielschichtigen Phänomen gewidmet, das nach wie vor so stark unterschätzt wird. Neben anderweitig bereits bekannten Ansätzen (Greif/Schmidt zu Kontinuitäten der Strafverfolgung, Köhler über »Schwarmterrorismus«) sind neue Arbeiten zu Rechtsterrorismus im digitalen Zeitalter (Albrecht/Fielitz) oder zum Mord an Shlomo Lewin und Frida Poeschke in Nürnberg 1980 (Wehrhahn/Renner) zu entdecken. Aufmerksamkeit verdient unbedingt der Versuch von Barbara Manthe, eine Historie des westdeutschen Rechtsterrorismus vor 1990 zu entwickeln. Unsere Mitarbeiterin Eike Sanders ist mit einem Aufsatz zum aktuellen Thema der geschlechtlich konnotierten Identitätsangebote und Feindbilder im Rechtsterrorismus vertreten. Die Publikation ist online unter www.idz-jena.de zu finden. (uj)

Anzeige

Jean-Philipp Baeck,
Andreas Speit (Hg.)

**RECHTE
EGO
SHOOTER**

Von der virtuellen Hetze
zum Livestream-Attentat

Ch. Links Verlag

Was spielt sich in den dunklen Räumen des Internets ab?

Weltweit gibt es rechtsterroristische Attentate eines neuen Typs: Utøya, Christchurch, Halle (Saale) und zuletzt in Hanau. Was treibt Menschen vom Bildschirm zur realen Gewalt auf der Straße?

Die Autorinnen und Autoren gehen den Spuren der Attentäter nach und zeigen die speziellen Radikalisierungsmechanismen im Netz auf. Sie erklären die Hintergründe und Motive dieser Männer, die in ihren rechten Online-Gemeinden Antisemitismus, Rassismus und Antifeminismus verbreiten.

Mit Beiträgen von Jean-Philipp Baeck, Andreas Speit, Sebastian Erb, Roland Sieber, Veronika Kracher, Andrea Röpke, Simone Rafael, Jan-Paul Koopmann und Michael Wörner-Schappert.

Baeck/Speit (Hg.):
Rechte Ego Shooter
Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat
ISBN 978-3-96289-076-6
208 Seiten, 18,00 €
Auch als erhältlich

In Ihrer Buchhandlung erhältlich
oder direkt beim Verlag:
Christoph Links Verlag
030-440232-25
www.christoph-links-verlag.de
marketing@christoph-links-verlag.de

Ch.Links

monitor - rundbrief des apabiz e.V.

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
lausitzerstr. 10 | 10999 berlin
geöffnet donnerstag von 15 bis 19 Uhr und nach absprache
v.i.s.d.p.: c. schulze
fotos: alle rechte liegen bei den fotograf*innen
iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00
bank für sozialwirtschaft
☎ 030. 611 62 49 ✉ mail@apabiz.de 🌐 www.apabiz.de

Unterstützt das apabiz!

Antifaschistische Arbeit kostet Geld. Wer das apabiz finanziell unterstützen will, spendet uns einen festen monatlichen Betrag (ab 5 Euro). Dafür bekommt ihr unseren Rundbrief *monitor*, unsere Reihe *magazine* und ab und an weitere Broschüren kostenlos zugeschickt. Wenn ihr uns besucht, bekommt ihr einen und könnt euch ein aus unserer Präsenzbibliothek ausleihen.